Handels- und Industrie-Zeitung

Freitag 2 Uhr nachmittags
Amtliche Mittelkurse:
Dollar 4,2 Billionen — **Pfund** 18,765 Billionen
Prag (100 Kronen): 12,58 Billionen
Wien (100000 Kronen): 5,93 Billionen

Zur Kapitalneuordnung der Aktiengesellschaften

Zu den wichtigsten Fragen der Gegenwart gehört zweifellos das schwierige Problem der Kapitalbeschaffung für die Wirtschaft. Dabei kann es sich weniger um kurzfristige Kredite handeln, die, so wichtig und lebensnotwendig sie natürlich sind, doch nur der lähmenden Betriebsmittelknappheit vorübergehend abhelfen können und zudem auf die Dauer viel zu teuer sind für eine Wirtschaft, die nur durch rationellste Betriebsführung in technischer und finanzieller Beziehung die von ihr verlangten hohen Leistungen erfüllen kann. Aber noch nicht einmal dieser ersten Hilfe können wir uns versichern, bevor nicht für eine großzügige und weitblickend-durchgreifende Kapitalbeschaffung die beiden Quellen, der ausländische und der inländische Kapitalmarkt, erschlossen sind, daß dies nur durch eine allen Umständen Rechnung tragende Kapitalneuordnung der Gesellschaftsunternehmungen geschehen kann, ist eine Binsenwahrheit, die uns im übrigen die Börsenentwicklung jeden Tag neu erhärtet. Diese Notwendigkeit erkannten auch unsre Juristen, als sie sich in Heidelberg neben manchem andern hauptsächlich mit der Lösung dieses Problems von der rechtlichen Seite her beschäftigten.

Wie steht es bisher mit der Kapitalneuordnung? Infolge der Dawes-Beratungen, deren Ergebnisse über die Zukunft namentlich der Unternehmungen überhaupt erst das entscheidende Wort sprechen konnten, ist noch nicht viel geleistet worden. (Die häufige Hinausschiebung des Zeitpunktes für die Einreichung der Goldbilanz war auch wohl mehr eine Würdigung der Gründe als eine Förderung dieser Ungewißheit.) Auch jetzt noch beeinträchtigt die Ungewißheit über die Belastung durch die Dawes-Obligationen die schnelle Regelung der Goldbilanz. Daher kann man beobachten, daß bisher nur sehr wenige bedeutendere Unternehmen den Schleier lüfteten, was ihnen Inflation und Ruhrbesetzung gelassen, und was ihnen die Dawes-Zukunft bieten kann. Diejenigen Werke aber, die inzwischen schon ihre Goldbilanzen veröffentlichten oder den Generalversammlungen zur Debatte stellten, haben die beiden grundlegenden Fragen, der Substanz und der Rentabilität, in einer Weise beantwortet, die zu starker Beunruhigung Anlaß gab. Man denke nur an die Berliner Handelsgesellschaft, die ein unverwässertes Aktienkapital im Verhältnis 5:1 zusammenlegte, an die Lüneburger Wachsbleiche, die ihr Vorkriegskapital von 4,2 Millionen Goldmark nur auf 7 Millionen erhöht hatte und nunmehr ihre Kapitalkraft nur mit 420 000 M. bewerten zu können glaubt. Gebr. Goldhart erhöhten 6 Millionen Vorkriegskapital auf 20 Papiermillionen, ihre Aktionäre behalten für 1000 M. noch 100 M. Die Aktionäre von Zwickauer Maschinen (1913: 2 Millionen Aktienkapital, 1924: 48 Millionen) sollen sich mit einer Zusammenlegung 50:1 einverstanden erklären. Hier wurden absichtlich als Beispiele nur solche Unternehmungen gewählt, die schon vor dem Kriege bestanden, da man bei den Inflationsgründungen nicht wissen kann, wieweit bei der Gründung Unter- oder Ueberbewertung vorlag, und wieweit schon bei der Einbringung des Aktienkapitals Substanzverluste zu verzeichnen waren. Die Ansichten der genannten Unternehmungen über Kapitalneuordnung können mit Pessimismus bezüglich unsrer wirtschaftlichen Zukunft nicht genügend erklärt werden.

Wenn auch für jedes einzelne Unternehmen eigene Wirtschaftsaussichten und daher Bewertungsgrundsätze gelten, so scheint doch diese Art der Zusammenlegung auf einer Verkennung der Umstände zu beruhen. Daher auch das unruhige (um nicht zu sagen wütende) Echo aus Aktionär- und Börsenkreisen! Die teils majorisierten, teils wirtschaftlich nicht genügend durchgebildeten Einzelaktionäre können den manchmal sehr lückenhaften Beweisführungen der Verwaltungen über Substanzverluste nicht entgegentreten. Die Werke selbst aber verschenken mit dieser Art Substanzwerte, meistens wollen sie darauf hinaus, in den kommenden Jahren mühelos hohe Dividenden verteilen zu können. Das mag für die späteren Kapitalserhöhungen ganz empfehlenswert sein, aber wie denkt man sich die Kreditverhandlungen eines solchen Unternehmens von geringer Kapitalstärke? Wenn man schon selbst von so weitgehendem Pessimismus über die Rentabilitätsaussichten seiner Fabrik beseelt ist, sollen die Ansichten des ausländischen Kreditgebers freundlicher sein? Sollen die hohen Dividenden ihn etwa blenden, oder sind diese nur für unsre Aktionäre gedacht, um ihnen nach erheblichen Verlusten Mut zu neuen Kapitalbeteiligungen zu machen?

Sehr zu begrüßen war die Stellungnahme der Deutschen Bank in ihrem Wirtschaftsbericht zu diesen Fragen. Einmal weist sie darauf hin, daß es durchaus abwegig ist, die Substanzverluste der Inflation zu hoch und die Rentabilitätsaussichten nur nach dem augenblicklichen Stand zu bewerten. Wenn sie dann weiterhin es als wirtschaftlich nicht vorteilhaft bezeichnet, durch scharfe Zusammenlegungen alle Schäden der vergangenen Jahre wie mit einem Federstrich zu beseitigen, so zeigt das, wie man sich an diesen immerhin maßgebenden Stellen unsern Wiederaufbau denkt, nämlich ganz dem Wesen der Vorkriegsentwicklung entsprechend, es bei der früheren Verteilung des Risikos auf viele Schultern zu belassen, d. h. ein größeres Aktienkapital, verteilt auf viele Aktionäre, mit geringen Dividenden zu wählen. Moralisch und wirtschaftlich zugleich vorteilhaft muß dieser Anreiz zur Mehrarbeit und damit zur Erzielung größerer Gewinne wirken. Eine solche Regelung würde zwar auch die finanziellen Rechte der Aktionäre ein wenig schmälern (wie billig haben sie z. T. in der Inflationszeit Aktien erstanden!), aber ihnen sicher die „Aussicht auf Schadenheilung in der Zukunft" lassen.

Ganz in demselben Sinne gehalten sind die Ansichten des rheinisch-westfälischen Bergbaues, der anscheinend auch aus Sorge vor einer (sehr gefährlichen) Mißstimmung der Aktionäre absichtlich Informationen über die dortigen Absichten der Kapitalzusammenlegung hergibt. So beabsichtigt Phönix eine Zusammenlegung von 2:1, mit wesentlich andern Zahlen wird man für die übrigen Montanwerke auch kaum zu rechnen haben, denn man nennt ein Durchschnittsaktienkapital von 100 Millionen. Diese Gesellschaften machen dann aber auch aus den geringen Aussichten der Verzinsung kein Hehl, zumal in diesem Wirtschaftsgebiet infolge der Micum-Lasten und der hohen Auslandskredite Sonderbedingungen gelten, auch die Kohlenpreisermäßigungen sprechen hierbei mit!

Von dieser doppelten Stellungnahme einmal aus Großbankkreisen und dann aus dem Gebiet der Schwerindustrie darf man sich eine klärende und hoffentlich beruhigende Wirkung versprechen! Ebenso wie risikofreudige Unternehmerpersonen gebrauchen wir dringend Aktionäre, die bereit sind, sich mit Risiko an der Finanzierung unsres Wiederaufbaues zu beteiligen. Sie müssen sich allerdings auch sagen, daß es ohne Risiko nicht geht!

Spectator.

Die bisherige Praxis der Kapitalzusammenlegungen

Von großem Interesse ist eine Zusammenstellung über die bisherige Praxis der Kapitalzusammenlegung, wie sie „Wirtschaft und Statistik" (Nr. 16) für das erste Halbjahr 1924 veröffentlicht. Sie unterscheidet zunächst Inflationsgründungen sehr mit Recht von den Unternehmungen, die schon vor dem Kriege bestanden. In der ersten Kategorie werden (von zwei das Bild verzerrenden Ausnahmen abgesehen) 123 Gesellschaften mit einem Papiermarkkapital von 300 Billionen aufgeführt, die nach der Umstellung noch zusammen 98 Millionen Goldmark ausweisen. Sie sind weniger bedeutend, wie das Beispiel einer Gesellschaft mit einem Goldmarkkapital von 300 M. und einem Kapitalentwertungskonto von 163,26 M. lehrt! Von den 101 Vorkriegsunternehmungen wird wieder auf diejenigen besonders hingewiesen, die eine Verminderung ihrer Obligationsverpflichtungen erfuhren oder auch deshalb ihr Kapital über Vorkriegshöhe festsetzen konnten, weil die hohen offenen oder stillen Reserven in Tätigkeit traten, d. h. eine frühere Unterbewertung sich ausglich. Das Obligationskonto eines Eisenbahnunternehmens senkte sich gegen 1913 von 10 auf 1,4 Millionen, daher konnte das Vorkriegskapital von 5,4 auf 14 Millionen erhöht werden. Bei der Bremer Wollkämmerei gestatteten die stillen Reserven eine Kapitalserhöhung von 5,4 auf 10 Millionen, dem bisherigen Papiermarkkapital. Nur 21 Vorkriegsgesellschaften setzten ihr Kapital gegen 1913 herab, alle 101 Gesellschaften zusammen setzten bei einem Papiermarkkapital von 610 Millionen ihr Vorkriegskapital von 178 377 M. auf 294 092 M. herauf. Hierin kommt zwar der wesentlich verbesserte Betriebsausbau gegen 1913, aber auch der Pessimismus in der starken Herabsetzung des Papiermarkkapitals zum Ausdruck. Die Ergebnisse von mehr als 16 000 Gesellschaften stehen noch aus, auf sie darf man gespannt sein.

D.-N.-N.-Wirtschaftsschlüssel

1 Goldmark (nach Berliner Mittelkurs) vom 25. 9.	1 000 000 000 000 Papiermark
Goldanleihe	4 200 000 000 000
Reichsindex v. 24. 9. (+ 0,9) . . .	1 170 000 000 000
Sächs. Index v. 24. 9. (+ 1,3%) .	1 211 000 000 000
Dresdner Index v. 24. 9. (+ 1,7%)	1 126 000 000 000
Großhandelsindex v. 23. 9. (+ 1,1%)	130,0%

Die Industrialisierung Frankreichs

Frankreich, vor dem Kriege noch ein ausgesprochen agrarisch aufgebauter Wirtschaftsstaat mit bescheidener Klein- und Mittelindustrie, marschiert mit Geschwindschritt seinem ehrgeizigen Ziele entgegen, ein Industriestaat ersten Ranges zu werden. Die französischen Quellen über die in Frankreich sich vollziehende Entwicklung fließen freilich sehr spärlich. Mißtrauisch und verschlossen in wirtschaftlichen Fragen läßt der Franzose auch diese Dinge sich im stillen entwickeln.

Von besonderem Interesse dürften daher Angaben sein, die sich im neuesten Heft der angesehenen amerikanischen Revue „Atlantic Monthly" finden, und die sich auf den amtlichen Bericht des amerikanischen Handelsattachés in Paris, Mr. Cahill, stützen. Als äußeres Kennzeichen für die Prosperität der französischen Industrie können danach gelten: Arbeitsfrieden (kein nennenswerter Streik seit 1920) und eine riesenhafte Einwanderung ausländischer Arbeiter. In einigen Monaten des Jahres 1923 und 1924 erreichte die Zahl der wöchentlich einwandernden ausländischen Arbeiter die Zahl 6000. Die Zahl der eingewanderten Kohlenarbeiter im Departement Pas de Calais wird allein auf 80 000 angegeben, darunter 50 000 Polen. Für das Kohlenrevier des französischen Nordens bestätigt der Bericht die bereits bekannte Tatsache der Wiedererreichung der Friedensförderung und die Aussicht erheblicher weiterer Steigerung. Die nordfranzösische Textilindustrie mit ihren erweiterten Betriebsanlagen und modernsten amerikanischen Maschinen bietet jeder Konkurrenz die Spitze.

Es ist nicht allgemein bekannt, daß die französische Industrieentwicklung schon im Kriege eingesetzt hat, und zwar durch eine Abwanderung aus dem hochindustriell besetzten Norden nach den Provinzen des mittleren und südlichen Frankreichs. Die hier neuaufgebauten Industrien sind aber nach Friedensschluß und Neuetablierung des Nordens nicht aufgegeben, sondern sie sind an ihren provisorischen Standorten endgültig verblieben, umgestellt und erweitert. Paris selbst hat eine große Maschinen- und Automobilindustrie erhalten und ist nicht mehr einseitig auf Luxus- und Modeindustrie eingestellt. Aehnlich Lyon, wo unter der Leitung seines weitsichtigen Bürgermeisters Herriot große Veränderungen vorgegangen sind. An neuen Industriezentren neben Creusot werden genannt: Bayonne, Hautemonde, St-Etienne, Caen, St-Chamond. Auch die großen Hafenstädte haben sich Industrien herangezogen. Marseille beabsichtigt, um neues Industriegelände direkt mit dem Hafen in Verbindung zu bringen, den Durchstich vom Hafen zu einem bisher nicht benutzten Becken, dem Etang de Berry.

Ueber die Organisation dieser Industrie stellt der Bericht des amerikanischen Handelsattachés fest, daß die Konzentration sowohl in horizontaler wie in vertikaler Richtung das beherrschende Kennzeichen ist. Von den Kohlenbergwerken und Erzgruben ausgehend werden Hütten und Walzwerke angegliedert, Schiffbaufirmen übernommen, Werkzeugmaschinenfabriken, optische Industrien und andre einbezogen. Nimmt man hinzu, daß Eisenbahn- und Kanalbaugesellschaften mit dem Bau riesiger Kraftwerke im Gebiet der Rhone, der Dordogne, der Truyère, des Oberrheins und an den Pyrenäen beschäftigt sind, um durch Produktion von „weißer Kohle" den natürlichen Kohlenmangel des Landes wettzumachen, so hat man das Bild fieberender Betriebsamkeit auf allen Gebieten der Wirtschaft. Einige große Hauptlinien sollen schon in nächster Zeit elektrisch betrieben werden, wie Paris—Orleans, Midi, Paris—Lyon—Méditerranée. Einige Nöte scheint der französischen Industrie der Ingenieurmangel zu machen. Ein großer Teil der leitenden Techniker sind Schweizer, Elsässer, Luxemburger. Große Reformen des technischen Unterrichts sind beabsichtigt, wie auf andern Gebieten, so auch hier — nach deutschem Muster.

D.

Langsamer Abbau in der Devisengesetzgebung

B. **Berlin**, 27. September. (Eig. Drahtbericht.) Die Reichsregierung kann sich den gewichtigen Gründen, die die Wirtschaft seit langem für die Aufhebung der Devisenverkehrsbeschränkungen vorbringt, nach Annahme der Dawes-Gesetze nicht mehr verschließen. Die Aufhebung kann aber nicht eher erfolgen, als bis auch die wesentlichste Voraussetzung für das Inkrafttreten der Dawes-Gesetze, nämlich das Zustandekommen der 800-Millionen-Anleihe, gesichert ist, weil inzwischen noch beunruhigende Momente auf die Währung zurückwirken können. Sobald die Verträge über die Anleihe unterzeichnet sind, wird der Reichswirtschaftsminister die Devisengesetzgebung außer Kraft setzen. Aufrechterhalten bleibt vorläufig der Einheitskurs und diejenigen Bestimmungen mehr gewerbepolizeilicher Natur, welche die Devisenbanken, die Wechselstuben und Devisenmakler betreffen. Auch diese Bestimmungen werden den veränderten Umständen angepaßt werden. Der Abbau des Kommissars für Devisenhandel war bereits seit langer Zeit für den 30. September vorgesehen. Da eine Verlängerung seiner Tätigkeit für die Uebergangszeit nicht mehr erforderlich erscheint, wird an diesem Zeitpunkt festgehalten werden. Seine Geschäfte werden bis zum Außerkrafttreten der Devisengesetzgebung vom Reichswirtschaftsministerium erledigt.

Der Verband Sächsischer Industrieller zum deutsch-spanischen Handelsabkommen

Am 18. Oktober wird der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages zusammentreten und wird als einzigen Punkt der Tagesordnung das Deutsch-Spanische Handelsabkommen beraten. Im Hinblick auf diese Verhandlungen veröffentlicht der Verband Sächsischer Industrieller eine Denkschrift zum Deutsch-Spanischen Handelsabkommen, welche von dem Reichstagsabgeordneten Dr. Schneider verfaßt ist. Diese Denkschrift spricht sich trotz schwerer Bedenken für die Ratifizierung des Deutsch-Spanischen Handelsabkommens aus. Die Bedenken gründen sich namentlich auf die fehlende Meistbegünstigung, indessen enthält die Denkschrift beweiskräftiges Material, daß trotzdem die Annahme des Abkommens im Interesse der Allgemeinheit erfolgen muß.

Der Bezirksausschuß des Kleinhandels von Dresden und Umgegend

hielt unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Aßmann eine Vertreterversammlung ab, welcher mehrere Gäste, u. a. auch Landtagsabgeordneter Schmidt (Plauen) vom Landesausschuß des sächsischen Kleinhandels beiwohnten. Aus den Beratungen ist zu berichten:

Neben der steuerlichen Belastung und der Kapitalknappheit bilden gegenwärtig die Hauptsorge des Kleinhandels die Versuche großer Berufsgruppen, den Handel auszuschalten, und an Stelle der Versorgung durch selbständige Gewerbetreibende die Versorgung durch genossenschaftliche Unternehmungen zu setzen. Diese Unternehmungen florieren namentlich in der Hoffnung auf steuerliche Begünstigung, denn im übrigen ist ein Vorteil in der Organisation nicht einzusehen, da die Arbeit, das Bestellen, das Lagern, das Nachprüfen, das Einteilen, das Abgeben auch bei diesen Institutionen ja geleistet werden muß, und der Nachteil darin besteht, daß diese Unternehmungen nicht in allen Stadtteilen ihre Geschäfte unterhalten können. Der organisierte Kleinhandel muß deshalb auf das entschiedenste von den gesetzgebenden Körperschaften verlangen, daß jede steuerliche Begünstigung solcher Konkurrenzunternehmungen unterbleibt.

Die Preisschilderverordnung kann als überlebt und überflüssig abgeschafft werden, da sie ihrem Zweck nicht mehr dient, sondern lediglich den Geschäftsleuten gewisse Scherereien verursacht.

Der Kreditstock, welcher gemeinsam mit dem sächsischen Handwerk gebildet wird, soll dazu dienen, wieder Kapital anzusammeln; der Beitritt wurde jedem Kleinhändler warm empfohlen, desgleichen zum Begräbnisstock des sächsischen Handwerks, an welchem der Bezirksausschuß des Kleinhandels von Dresden und Umgegend auch beteiligt ist. Die Geschäftsstelle beider Einrichtungen befindet sich Große Zwingerstraße 8.

Endlich wurde über das überaus günstige Ergebnis der Glasschädengemeinschaft berichtet, ein Unternehmen, welches vom Bezirksausschuß des Kleinhandels von Dresden und Umgegend gegründet worden ist und dessen Geschäftsstelle sich im Brückenhäuschen an der Albertbrücke befindet.

Umfangreiche Aufträge in der Kali-Industrie

d. **Düsseldorf**, 27. September. (Eig. Drahtbericht.) Der Auftragseingang in der Kaliindustrie, besonders vom Auslande, hat einen Umfang angenommen, den selbst beste Kenner der Verhältnisse nicht erwartet hatten. Insbesondere sollen die Abrufe von Schwefelsäurekali großen Umfang angenommen haben. Diese Marke gewährt den Werken die besten Erlöse, namentlich den Carmallitwerken. In gut unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß der Septemberabsatz eine Höhe von etwa 1½ bis 2 Millionen Doppelzentner rheinisches Kali ausmachen wird. Auch der Oktoberabsatz wird heute schon günstig beurteilt, da man bestimmt weiß, daß aus Amerika noch große Abrufe zu erwarten sind. November und Dezember werden dann weniger lebhaft sein.

Zur Kohlenpreisermäßigung

In der gestrigen Mitgliederversammlung der Ruhrkohle-A.-G. (Rheinisch-Westfälisches Kohlensyndikat) wurde eine Ermäßigung der seit dem 1. Juli bestehenden Verkaufspreise für Kohle mit Wirkung vom 1. Oktober vorgenommen. Die neuen Preise sind im Durchschnitt um etwa 10 bis 12 Prozent herabgesetzt. Die Preise für Fett-Förderkohle betragen ab 1. Oktober somit 15 (bisher 16,50), für Flamm-Förderkohle 14,50 (bisher 16,50), für Mager-Förderkohle 14,50 (bisher 16) bzw. 23,25 gegen 15,50.

Die Schlachtviehversorgung des Dresdner Bezirks

Der Schlachtviehmarkt Dresdens hat eine weit über das Weichbild der Stadt reichende Bedeutung. Denn er versorgt die Lausitz, die sächsische Schweiz und das östliche Erzgebirge. Weiter ragt er hervor durch die Qualität seiner Ware und übertrifft in diesem Punkte sogar Berlin. Allerdings die Qualität, an die man vor dem Kriege gewöhnt war, ist noch nicht wieder erreicht. Daß nur erstklassige Ware auf dem Markte in Dresden erscheint, liegt einmal an der Rührigkeit der großen Anzahl strebsamer Viehhandelsfirmen, sodann an der großen Entfernung der Versorgungsgebiete. Denn selbstverständlich lohnt es sich nicht, minderwertiges Vieh auf weite Entfernungen zu verschicken. In der Herkunft des in Dresden gehandelten Viehes macht sich der Vorkriegszeit gegenüber der Friedensvertrag von Versailles sehr bemerkbar. Waren vor zehn Jahren Schlesien und Posen die Hauptversorgungsgebiete, so ist ersteres sehr in den Hintergrund getreten, letzteres, das 80 Prozent der Rinder, 40 Prozent der Schweine lieferte, ist infolge der Abtretung an Polen ganz ausgeschieden. An Stelle dieser beiden Gebiete sind Ost- und Westpreußen und Holstein getreten. Auch Bayern ist in die Lücke getreten, dessen Tiere man früher nicht begehrte. Gilt dies vom Rindvieh, so liegen die Verhältnisse für den Schweinemarkt ähnlich. Die Hälfte des Auftriebs kommt heute von Ostpreußen, der Rest besteht aus erstklassigen holsteinischen Speckschweinen, aus sächsischen Landschweinen, Holländern und Bakonitern. Ein kleiner Bruchteil von Sauen wird aus Dänemark, von Fleischschweinen aus Schweden bezogen. Der Auftrieb an Rindern hat sich absolut gehoben, 550 in der Vorkriegszeit, heute 700 bis 800. Die Schweinezufuhr beträgt zwar erst 60 Proz. der Friedenszeit, hat aber in der prozentualen Steigerung Berlin überholt, so daß Dresden als einer der nach Qualität und Zahl am besten versorgten Plätze gelten darf. Zugleich ist die Stadt ein bedeutender Umschlagplatz für Auslandsvieh. Eng steht damit in Verbindung sein Rang als bedeutender Ausfuhrmarkt.

Sehr hinderlich für die Entwicklung des Viehhandels in Dresden sind die außerordentlich hohen Gebühren, die die Stadt auf den Schlachthof erhebt. Sie sind bedeutend höher als in Berlin, Breslau oder Leipzig. Die Stadt müßte nach dem kaufmännischen Grundsatz: Großer Umsatz, kleiner Nutzen, die Gebühren so niedrig wie möglich zu halten bemüht sein, um dadurch die Geltung Dresdens als Viehhandelsplatz möglichst zu heben. So wird z. B. das Futterheu für das Schlachtvieh von der Verwaltung 30 Proz. über den Marktpreis abgegeben, obwohl man zu diesem Zwecke doch nirgends beste Ware kauft, sondern nur minderwertige, die bedeutend unter dem Marktpreis liegt. Selbst für Transportgut müssen Gebühren bezahlt werden. Auch auf kleinen Schweinen ruht eine Last von 15,60 Goldmark gegen 6 M. in der Vorkriegszeit: allein die Schlachthausbenutzung wird mit 6,60 Goldmark berechnet, zu der dann außer kleineren Posten noch 7 Goldmark für Schlachtsteuer kommen. Bedenkt man, daß gerade bei Schweinen die Rotlaufseuche große Opfer fordert, so ist es klar, daß diese hohen Gebühren verteuernd wirken müssen. Gewiß ist kein Zweifel, daß der Dresdner Schlachthof die vollkommenste Anlage seiner Art, wenigstens in Deutschland, darstellt. Um so mehr möchte man eine restlose Ausnutzung, die dem Viehhandel und damit doch auch wieder der Stadt zugute käme, wünschen, die allerdings nur durch eine großzügige kaufmännische Verwaltung erzielt werden kann.

Die schweren Verluste, die gerade die in einer Residenz tonangebende Mittelschicht betroffen hat, zeigen sich in der erheblich verminderten Kaufkraft. Dresden übertrifft an Verbrauch von Gefrierfleisch andre Städte, z. B. Leipzig, Chemnitz, ganz bedeutend.

Der reiche Auftrieb des Dresdner Marktes ist vor allem den Viehagenten zu verdanken, die naturgemäß sehen müssen, so rasch wie möglich ihre Waren umzusetzen. Für die Fleischer resultiert daraus, daß Dresden ein bedeutender Umschlagplatz ist, eine große sich von selbst auswirkende Preisregulierung.

Aktiengesellschaften

Die Sächsische Kreditbank, A.-G., Dresden, hat die Generalvertretung der Roggenrentenbank Berlin (Hypothekenbank) für den Freistaat Sachsen übernommen und vermittelt an Eigentümer landwirtschaftlich genutzter Grundstücke Darlehen gegen Eintragung von Roggenwerthypotheken im Grundbuch.

Clemens Müller, A.-G. in Dresden. Die außerordentliche Generalversammlung beschloß die Umstellung des Aktienkapitals in der bereits von uns gekennzeichneten Weise auf 3 000 000 Goldmark, wobei das Stammaktienkapital im Verhältnis von 10:1 herabgesetzt wird. Der Geschäftsgang ist im allgemeinen befriedigend geblieben, besonders in der Rechenmaschinenabteilung. In der Schreibmaschinenabteilung war seit einigen Monaten eine Stockung zu verzeichnen, doch ist auch hier wieder eine Geschäftsbelebung eingetreten.

Zwickauer Maschinenfabrik, Zwickau. Die in Dresden abgehaltene ordentliche Generalversammlung genehmigte einstimmig die Regularien und die Umstellung des Aktienkapitals durch Herabsetzung der Stammaktien im Verhältnis von 50 zu 1 und der Vorzugsaktien im Verhältnis von 400 zu 1, ferner die Erhöhung des Aktienkapitals von alsdann 955 000 GM. um 600 000 GM. zwecks Tilgung der bestehenden Genußscheine. Auch die hiermit in Verbindung stehenden Satzungsänderungen fanden einstimmige Annahme. Dagegen wurde von der Tagesordnung abgesetzt die Ausdehnung des mehrfachen Stimmrechts der Vorzugsaktien auf alle Gegenstände der Beschlußfassung, da dies ungesetzlich wäre. Ueber den Geschäftsgang teilte der Vorstand mit, daß er seit einigen Wochen wieder etwas belebter ist, insbesondere infolge von Auslandsaufträgen aus China und dem Norden. Der turnusgemäß aus dem Aufsichtsrat ausscheidende Bankier Bamberger wurde bis zum Schluß der nächsten ordentlichen Generalversammlung wieder in den Aufsichtsrat berufen. Das Geschäftsjahr wird auf das Kalenderjahr verlegt.

Otto Stumpf, A.-G., Chemnitz. Die Hauptversammlung genehmigte die mit einem Ueberschuß von 217 485 Billionen Mark abschließende Jahresrechnung. Der Ueberschuß soll auf neue Rechnung vorgetragen werden, so daß eine Dividende nicht zur Verteilung gelangt. Neu in den Aufsichtsrat berufen wurde der langjährige Inhaber der Leipziger Abteilung des Unternehmens, Otto Hofmann. Ueber Aussichten und Geschäftsgang äußerte sich die Verwaltung zuversichtlich. Die Modalitäten der Umstellung auf Goldmark sollen in einer demnächst stattfindenden Aufsichtsratssitzung festgelegt werden.

Schittler, A.-G. in Chemnitz. Die außerordentliche Hauptversammlung des Unternehmens, dem bekanntlich der Konzern der Tüllfabrik Flöha nahesteht, genehmigte den Abschluß für das vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 1923 laufende Zwischengeschäftsjahr und erteilte den Verwaltungsorganen Entlastung ferner wurde der Goldmarkeröffnungsbilanz per 1. Jan. 1924 zugestimmt, nach der das Aktienkapital unter Einziehung von 5000 Vorratsaktien im Verhältnis von 10:1 zusammengelegt und von 30 Millionen Papiermark auf 2 476 000 Goldmark ermäßigt wird. Nach Mitteilung des Vorstandes ist das Werk auch im laufenden Jahre auskömmlich beschäftigt gewesen, sodaß eine Herabsetzung der Arbeitszeit nicht erforderlich war.

Verschiedenes

Fortfall der Entwertungsbelege bei Wechseln. Der Betrieb der Wechseleinreichungen vereinfacht sich insoweit, als die Reichsbank auf die Beifügung der Entwertungsbelege keinen Wert mehr legt. Somit ist die Möglichkeit gegeben, die Skonten auf mehrere Fälligkeiten auf eine Rechnung zusammengefaßt zu geben.

Die Aufsichtsratssitzung der Deutschen Rentenbank beschäftigte sich mit der Beschlußfassung über die neue Satzung der Deutschen Rentenbank, die durch das Gesetz vom 30. August über die Liquidierung des Umlaufes von Rentenbankscheinen nötig geworden ist. Die neue Satzung wurde von den zahlreich versammelten Vertretern der Landwirtschaft, Industrie, des Handels und Gewerbes und der Banken einstimmig genehmigt. Eine wesentliche Aenderung der Organisation hat man nicht für opportun gehalten. Die wichtigsten Organe der Landwirtschaft sind seit Gründung des Instituts in ihr vertreten. Nach der neuen Satzung wird die künftige Generalversammlung die Vertretung der Anteilseigner der Deutschen Rentenbank sein.

Zinsermäßigung in Rheinland-Westfalen. Nachdem die Berliner Stempelvereinigung ihre Zinssätze nunmehr ermäßigt hat, haben auch die Sparkassen des rheinisch-westfälischen Industriebezirks ab 1. Oktober eine wesentliche Herabsetzung ihrer Zinssätze beschlossen, durchschnittlich um ein Viertel der bisherigen Beträge.

Zur Gründung der Bank für die deutschen Industrieobligationen. Die Deutsche Rentenbank wird, wie der „Deutsche Handelsdienst" aus zuverlässiger Quelle erfährt, aus ihren verfügbaren Mitteln Kapital in Höhe von 2½ Millionen Mark zur Gründung der Bank für die deutschen Industrieobligationen bereitstellen, so daß bei 25proz. Einzahlung 10 Millionen Mark Stammkapital dem Gründungskonsortium zur Verfügung stehen. Es ist Rückzahlung innerhalb dreier Jahre und ein Zinsfuß von 5 Proz. in Aussicht genommen. Die neue Bank muß laut Gesetz spätestens am 30. September errichtet sein.

Produktenbörse zu Dresden vom 26. September. Weizen inl. (Basis 74 Kilogramm) 280—285 (behauptet), Roggen, inl. (Basis 72 Kilogramm) 227—232, Sommergerste 245—275, Wintergerste 220—230, Hafer neuer 212 bis 215, dergl. beschädigter 160—200, Raps scharf trocken 340—350, Mais 210—215 (fest), Erbsen kleine 25—27 (ruhig), Rotklee 220—250 (sehr fest), Trockenschnitzel 14,50—15, Zuckerschnitzel 22—24 (fest), Kartoffelflocken 22,50—22,75 (ruhig), Weizenkleie 14,20—14,60, Roggenkleie 13,80—14,20 (fest), Weizenmehl: Bäckermundmehl 38—39,50, Inlandsmehl Type 70 Proz. 35,50—37,50, Roggenmehl Type 70 Proz. 35,50—38,50 (fest). — Feinste Ware über Notiz. — Die Preise verstehen sich bis einschließlich Mais für 1000 Kilogramm, alle andern Artikel für 100 Kilogramm in Goldmark. Rotklee, Erbsen, Wicken, Peluschken, Lupinen und Mehl (Mehl frei Haus) in Mengen unter 5000 Kilogramm ab Lager Dresden. Alles andre in Mindestmengen von 10 000 Kilogramm waggonfrei sächsische Verladestationen.